

Dienstag 4. Dezember 2018

Nummer 827

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Die Handelspolitik von Donald Trump: wenn der Hegemon aufhört, wohlwollend zu sein.

Autor : Patrick Allard



Es ist verlockend, alle Probleme der Irrationalität, Demagogie, Impulsivität oder Inkompetenz des amerikanischen Präsidenten zuzuschreiben. Aber obwohl sie nicht in Isolationismus oder völligen Protektionismus verfallen ist, ist es fruchtbarer, die Logik der Handelspolitik in Frage zu stellen, die Europa in ein strategisches Dilemma bringt.

Fortsetzung

Übersicht

Stiftung : Atlas/EU **Kommission** : Klima - Banken/Kapital - Haushalt 2019 - DiscoverEU - E-commerce **Parlament** : Schengen - Steuerbetrug - Dänemark/Rede **Rat der Europäischen Union** : Jugend - Kohäsion - Union/Kapital - Wettbewerbsfähigkeit - Eurogruppe **Diplomatie** : G20 **EZB** : Handel **Europäische Agenturen** : Diskriminierung - Drohnen **Spanien** : China - Andalusien **Frankreich** : Rumänien **Lettland** : Regierung? **Luxemburg** : Regierung **Niederlande** : Fiskalität **Großbritannien** : Brexit/Kosten **Slowakei** : Rücktritt **Georgien** : Präsidentin **Ukraine** : Russland **UNO** : COP24 - Verschmutzung **Eurostat** : Inflation - Arbeitslosigkeit **Eurobarometer** : Demokratie/Wahlen **Berichte / Studien** : bessere BGesetzgebung - Handel/Beschäftigung - OECD **Kultur** : Ausstellung/Berlin - Ausstellung/Bilbao - Ausstellung/Amsterdam

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Ständiger Atlas der Europäischen Union



Im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen stellt die Robert-Schuman-Stiftung ihren "Permanenten Atlas der Europäischen Union" zur Verfügung. Er ist einzigartig, und wurde von den Experten der Stiftung entwickelt und bietet einen umfassenden und leicht zugänglichen Überblick über die Union, die Eurozone und jeden ihrer 28 Mitgliedstaaten. Er fasst die meisten historischen, politischen und statistischen Gegebenheiten der Union zusammen und bietet mehr als 50 physische und geopolitische Karten von Europa..... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Strategie für eine kohlenstoffarme Union bis 2050

Am 28. November legte die Kommission ihre Strategie für eine 80 %ige Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2050, gegenüber dem Stand von 1990, vor. Dabei will sie sich auf die Bereiche Finanzen,



Industrie und Forschung stützen. Die Kommission definiert keine quantifizierten Ziele, sondern setzt im Einklang mit der Pariser Vereinbarung eine Zielmarke. Es bleibt den anderen europäischen Institutionen, den Mitgliedstaaten - im Hinblick auf den Europäischen Rat von Sibiu im Mai 2019 - und der Zivilgesellschaft überlassen, nach Möglichkeiten zu suchen, diese zu erreichen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Überprüfung der Fortschritte der Banken- und der Kapitalunion



Die Kommission hat am 28. November eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie die Mitgliedstaaten auffordert, ihre politischen Verpflichtungen zur Verwirklichung einer Kapitalmarktunion vor den Europawahlen zu erneuern. Man betont die Rolle dieser Union bei der Vertiefung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Stärkung der Rolle des Euro. In ihrem dritten Fortschrittsbericht über den Abbau notleidender Kredite hat die Kommission heute hervorgehoben, dass die Anzahl notleidender Kredite im europäischen Bankensektor weiter zurückgegangen ist; der EU-Durchschnitt liegt nun bei 3,4 %. Außerdem wurde die Verbesserung der Kreditportfolios der Banken bestätigt... [Fortsetzung](#)

Neuer Budgetvorschlag 2019



Da zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat keine Einigung erzielt wurde, legte die Kommission am 30. November einen neuen Haushaltsentwurf für 2019 vor, um einen Kompromiss zu finden. Sie hat 165 Mrd. € an Verpflichtungen und 148 Mrd. € an Zahlungen vorgeschlagen. Sie erinnerte daran, dass das Vereinigte Königreich bis 2020 zum Haushalt der Europäischen Union beitragen wird... [Fortsetzung](#)

12.000 Tickets für junge Menschen des Jahrganges 2000



Am 29. November startete die Kommission die zweite Auflage von DiscoverEU. Bis zum 11. Dezember können alle im Jahr 2000 Geborenen eines der 12.000 Tickets für die Reise durch Europa, im Sommer 2019, beantragen. Die 12.000 Tickets werden entsprechend der Größe der einzelnen Mitgliedstaaten verteilt. Die erste Ausgabe ermöglichte es 15.000 jungen Menschen, die 1999 geboren wurden, durch Europa zu reisen... [Fortsetzung](#)

Neue Regeln zur Erleichterung des Online-Shoppings



Neue Regeln für ungerechtfertigtes Online-Geoblocking beginnen am 3. Dezember im Zusammenhang mit dem digitalen Binnenmarkt. Die im Februar letzten Jahres verabschiedete neue Verordnung ermöglicht es den Verbrauchern, einen breiteren und einfacheren grenzüberschreitenden Zugang zu den verschiedenen online verkauften Produkten zu erhalten. Dies ermöglicht es ihnen, online einzukaufen, ohne blockiert oder umgeleitet zu werden. Grenzüberschreitende Käufer werden wie lokale Käufer behandelt, insbesondere in Bezug auf die Tarife... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Abstimmung über die Kontrollen an den Binnengrenzen



Die Abgeordneten stimmten am 29. November über die Überarbeitung des Schengener Grenzkodex ab, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, im Falle einer ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit vorübergehende Kontrollen an den Binnengrenzen durchzuführen. Die Abgeordneten fordern, dass der anfängliche Zeitraum für diese befristeten Maßnahmen auf 2 Monate (statt bisher 6 Monate) begrenzt und nicht über ein Jahr (statt bisher 2 Jahre) hinaus verlängert wird. Sie fordern die Einführung neuer Schutzmaßnahmen, wenn diese Verlängerungen beantragt werden, um die verfassungsmäßigen Freiheiten der Bürger zu gewährleisten... [Fortsetzung](#)

Resolution für eine Untersuchung der CumEx-Affäre



Am 29. November forderten die Europäischen Abgeordneten eine gründliche Untersuchung aller an dem CumEx-Skandal beteiligten Akteure, einem Betrugsfall beim Kauf und Verkauf von Aktien, der 55 Milliarden Euro Schaden für 11 europäische Länder verursacht hat und

dessen Umfang erst kürzlich bekannt wurde. Sie fordern, dass diese Untersuchung die Mängel bei der Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten aufzeigt, und ersuchen die nationalen Behörden, "der Straffreiheit von Büroangestellten ein Ende zu setzen". Sie sind auch der Ansicht, dass der europäische Rechtsrahmen in diesem Bereich nicht ausreichend wirksam ist, und ersuchen die Kommission, einen europäischen Rahmen für grenzüberschreitende Steuerprüfungen vorzuschlagen... [Fortsetzung](#)



Rede des dänischen Premierministers



Der dänische Premierminister Lars Løkke Rasmussen hat am 28. November mit dem Europäischen Parlament über die Zukunft Europas gesprochen. Er betonte, dass die Union in den Bereichen Migration, Klimawandel, Binnenmarkt und Freihandel mehr tun könnte. Er hoffe, dass die Union vom Brexit lernen und ihren Zusammenhalt stärken würde. Er sagte, dass "der Anteil der Bürger, die die Europäische Union unterstützen, in Dänemark höher ist als in den meisten anderen europäischen Ländern"... [Fortsetzung](#)



[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates Bildung, Kultur, Jugend und Sport



Die Minister für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, die am 26. und 27. November zusammenkamen, erörterten den Entwurf der Initiative Kreatives Europa 2021-2027, die darauf abzielt, die Wettbewerbsfähigkeit des Kultursektors zu stärken, ebenfalls besprachen sie den Arbeitsplan für Kultur 2019-2022, der dem Kultursektor beim Übergang zu digitaler Technologie und Globalisierung helfen soll. Sie erörterten auch die Bekämpfung von Fehlinformationen, die sozioökonomischen Vorteile des Sports und die Integration junger Menschen, einschließlich Flüchtlinge. Sie diskutierten das Europäische Solidaritätskorps und das Erasmus+-Programm... [Fortsetzung](#)



Schlussfolgerungen des Rates Kohäsion



Am 30. November prüften die Minister das Legislativpaket für die Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2021-2027. Auf der Grundlage eines Arbeitsdokuments des österreichischen Ratsvorsitzes gaben die Minister politische Leitlinien für die territoriale Zusammenarbeit und die Halbzeitbewertung der Programme vor. Sie erörterten auch die Fortschritte, die im Hinblick auf den europäischen territorialen Zusammenhalt erzielt wurden. Die Kohäsionspolitik, die mit einem Drittel des Haushalts der Union ausgestattet ist, ermöglicht Investitionen zur Verringerung der sozioökonomischen Ungleichgewichte zwischen den europäischen Regionen... [Fortsetzung](#)



Annahme der Position bei Sicherheitsobligationen



Am 28. November legte der Rat seinen Standpunkt zur Kapitalmarktunion und zum Zugang zu langfristigen Finanzierungsmitteln fest. Er erzielte Einvernehmen über einen Gemeinschaftsrahmen für Sicherheitsobligationen, der eine Verordnung und eine Richtlinie umfasst. Die Obligationen müssen in der gesamten Europäischen Union harmonisierten Standards entsprechen, die es ermöglichen, Investitionen zu sichern. Der endgültige Text wird verhandelt, sobald das Parlament seinen Standpunkt auf der Dezember-Plenartagung bestätigt hat... [Fortsetzung](#)



[Andere Links](#)

Schlussfolgerungen des Rates Wettbewerbsfähigkeit



Am 29. und 30. November erörterten die für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister den Entwurf einer Verordnung über das Raumfahrtprogramm der Union, die Verwaltung des Europäischen Forschungsraums und die künftige Strategie der EU-Industriepolitik. Sie haben ein Teilabkommen über die Durchführung des Programms Horizon Europe geschlossen. Sie haben auch ihre Position zu den Vorschriften der Business-to-Business-Plattform und den allgemeinen Vorschriften zur Fahrzeugsicherheit festgelegt... [Fortsetzung](#)



Schlussfolgerungen der Eurogruppe

Am 3. Dezember begrüßte die Eurogruppe die Haushaltsprognosen der Kommission, kein Land wird ein öffentliches Defizit von mehr als 3 % des BIP im Jahr 2019 aufweisen. Man rief jedoch Belgien, Frankreich,



Portugal und Spanien dazu auf, ihren Haushaltsplanentwurf (PPB) für 2019 zu konkretisieren. Die Eurogruppe unterstützte die Stellungnahme der Kommission, in der sie einen "besonders schweren Verstoß" gegen die Empfehlungen des Rates, durch Italien, im Bezug auf den Haushaltsentwurf des Landes, feststellte. Die Eurogruppe nahm die positiven Entwicklungen in Griechenland, Spanien und Zypern zur Kenntnis. Die europäischen Minister erörterten auch ausführlich die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, und insbesondere die Unterstützung des Einheitlichen Abwicklungsausschuss, die Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus und seine Zusammenarbeit mit der Kommission... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Diplomatie :

G20 Gipfel



Am 30. November und 1. Dezember trafen sich die G20 in Buenos Aires. In ihrer Abschlusserklärung unterstützen die 20 reichsten Länder die "notwendige Reform" der WTO. Mit Ausnahme der USA bekräftigten sie ihre Zusage, das Pariser Abkommen von 2015 "vollständig umzusetzen", einschließlich der Beibehaltung des durchschnittlichen Niveaus der globalen Erwärmung auf unter 2°C. Themen wie Terrorismus, globale Besteuerung, Migration, Beschäftigung, Bildung und Gleichstellung der Geschlechter sind ebenfalls in der Erklärung enthalten. Am Rande des Gipfels beschlossen US-Präsident Donald Trump und der chinesische Präsident Xi Jinping einen 90-tägigen Waffenstillstand in ihrem Handelsstreit und vereinbarten, ihre jeweiligen Zölle zu senken und nicht zu erhöhen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EZB :

Warnung vor einem Handelskrieg



In einer am 27. November veröffentlichten Studie weisen Experten der Europäischen Zentralbank (EZB) darauf hin, dass der Handelskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und China kein "unmittelbares Risiko" für die Finanzmärkte oder Vermögenswerte des Euroraums darstellt. Sie untersuchen jedoch Szenarien eines mehr oder weniger starken Handelskrieges und warnen vor einer allgemeinen Ausdehnung des Konflikts, bei dem viele andere Länder in die protektionistische Spirale eintreten, oder der Einführung von Zöllen auf eine beträchtliche Anzahl zusätzlicher Produkte zustimmen, was dazu führen könnte, dass die globalen Vermögenswerte, auch in der Eurozone, stark sinken... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Bericht über die Situation der schwarzen Bevölkerung in der EU



Laut dem am 28. November veröffentlichten Bericht der Grundrechteagentur "Being Black in the Union" hat die schwarze Bevölkerung aufgrund ihrer Hautfarbe größere Schwierigkeiten. 30% der Befragten geben an, dass sie in den letzten 5 Jahren schikaniert wurden. 25% der schwarzen Bevölkerung sind im Rahmen der Arbeits- oder Arbeitssuche Opfer rassistischer Diskriminierung geworden, 14% im Rahmen der Wohnungssuche. Diese Diskriminierungen führen zu einer höheren Arbeitslosenquote, dem Einzug in minderwertige Wohnungen und einer größeren finanziellen Unsicherheit... [Fortsetzung](#)

Erklärung zur Regulierung von Drohnen



Am 28. November verabschiedeten die Kommission, die europäischen und nationalen Behörden und die Industrie eine "Erklärung von Amsterdam über Drohnen", die die Grundlage für eine europaweite Koordinierung der Regulierung bildet. Die Erklärung setzt Prioritäten: Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der europäischen Verordnung, Entwicklung eines institutionellen Rahmens für den Betrieb und die Nutzung von Drohnen, Investitionen in die Forschung, aber auch in Informationskampagnen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Spanien :

Besuch des chinesischen Präsidenten

Der chinesische Präsident Xi Jinping stattete Spanien, auf seinem Weg zur G20 in Buenos Aires vom 27. bis 29. November, einen Staatsbesuch ab. China, das einen Handelskrieg mit den Vereinigten Staaten führt,



versucht, seine Beziehungen zu den europäischen Volkswirtschaften zu stärken. Während des Besuchs wurden achtzehn Handels- und Kooperationsabkommen unterzeichnet... [Fortsetzung](#)

Regionalwahlen in Andalusien



Am 2. Dezember fanden in Andalusien Regionalwahlen statt, die seit 37 Jahren von der PSOE gewonnen werden. Unter Beibehaltung ihrer Spitzenposition erlebte die PSOE ihren größten Einbruch (von 47 auf 33 Sitze), vor allem zugunsten einer neuen rechtsextremen Partei, Vox, die mit 12 Sitzen ins Parlament einzog. Die Volkspartei (PP) und Ciudadanos könnten die Provinzregierung übernehmen, müssten aber eine Koalitionsmehrheit (55/109) bilden, und sich dafür mit Vox zusammenschließen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Zehn Jahre Strategische Partnerschaft mit Rumänien



Die französische und rumänische Präsident, Emmanuel Macron und Klaus Iohannis, feierten den 10. Jahrestag der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Auf einer Sitzung am 27. November in Paris verpflichteten sie sich, "gemeinsame Initiativen zur Stärkung des europäischen Projekts, der Konvergenz und des sozioökonomischen Zusammenhalts sowie zur Vertiefung der Integration innerhalb der Europäischen Union" vorzuschlagen... [Fortsetzung](#)

Lettland :

Neuer Kandidat für das Amt des Premierministers



Der lettische Präsident Raimonds Vējonis hat am 26. November Aldis Gobzems von der Partei KPV LV, die bei den Parlamentswahlen am 6. Oktober den zweiten Platz belegte, zum möglichen Premierminister ernannt, wenn es ihm gelingt innerhalb von zwei Wochen eine Regierung zu bilden. Dies ist der zweite Versuch nach Jānis Bordāns (Neue Konservative Partei), eine neue Regierung aus den 7 Parteien zu bilden, die Sitze in der Saeima (Parlament) gewonnen haben... [Fortsetzung](#)

Luxemburg :

Erneuerung der Regierungskoalition



Eineinhalb Monate nach den Wahlen vom 14. Oktober wurde am 29. November die Erneuerung der Koalition zwischen der Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei (OSL), der Demokratischen Partei (PD, Liberal) und den Grünen angekündigt. Die Christlich-Soziale Volkspartei, die bei den Wahlen die meisten Stimmen erhalten hat, ist nicht der Regierung beigetreten. Die Zusammensetzung der Regierung wird am 5. Dezember bekannt gegeben... [Fortsetzung](#)

Niederlande :

Neues Gesetz gegen Steueroptimierung



Am 22. November kündigte der niederländische Staatssekretär für Finanzen, Menno Snel, an, dass die Vorschriften zur Steueroptimierung für ausländische Unternehmen mit Sitz in den Niederlanden verschärft würden, um die opportunistische Gründung von Briefkastenfirmen zu verhindern. Darüber hinaus wird jeder zwischen der Verwaltung und einer ausländischen Gesellschaft getroffene Steuerbescheid anonym veröffentlicht und zur Erhöhung der Transparenz wird ein jährlicher Folgebericht erstellt. Die neuen Regeln treten ab Juli 2019 in Kraft... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Ein Brexit ohne Vereinbarung würde das britische BIP senken.



Ein Brexit ohne Vertrag würde das britische BIP in 15 Jahren um 9,3% senken, warnte am 28. November ein von der britischen Regierung veröffentlichter Bericht, der versucht, die britischen Abgeordneten davon zu überzeugen, die mit Brüssel getroffene Vereinbarung

anzunehmen. Dieses Abkommen, das von der konservativen Mehrheit, der Premierministerin Theresa May, kritisiert wurde, wird das BIP des Landes mit 3,9% belasten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Slowakei :

Rücktritt des Ministers für auswärtige und europäische Angelegenheiten



Der slowakische Außenminister Miroslav Lajcak hat seinen Rücktritt beschlossen, nachdem das slowakische Parlament am 29. November den UN Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration abgelehnt hatte. Herr Lajcak war Präsident der UN-Generalversammlung, als der Pakt von allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten angenommen wurde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Georgien :

Salome Zurabishvili zur Präsidentin gewählt



Unterstützt von der regierenden Partei "georgischer Traum" wurde Salome Zurabishvili zur Präsidentin Georgiens gewählt, wie aus den Ergebnissen hervorgeht, die am 29. November von der Zentralen Wahlkommission veröffentlicht wurden. Die ehemalige Botschafterin in Frankreich erhielt 59,52% der Stimmen, 40,48% erhielt der Oppositionskandidat Grigol Vachadze... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

Die Europäische Union ruft dazu auf, die Spannungen im Asowschen Meer zu verringern.



Nach den Spannungen zwischen der russischen und der ukrainischen Marine im Asowschen Meer vom 25. November äußerten die Europäische Union und die Vereinten Nationen ihre Besorgnis über die "zunehmende Militarisierung" in der Region und forderten Russland auf, "die Durchfahrtsfreiheit" in der Kertschischen Straße des Asowschen Meeres unter Einhaltung des Völkerrechts wiederherzustellen und beschlagnahmte ukrainische Schiffe, ihre Besatzungen und Ausrüstung bedingungslos und unverzüglich freizulassen. Die Europäische Union erinnerte auch daran, dass der Bau einer Brücke über die Meerenge durch Russland die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine verletzt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

UNO :

Eröffnung des 24. COP in Polen



Am 2. Dezember wurde im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) die 24. Konferenz der Vertragsparteien (COP) in Katowice, Polen, eröffnet. Die Eröffnungsfeier fand am 3. Dezember in Anwesenheit von 40 Staats- und Regierungschefs statt. Während der zweiwöchigen Verhandlungen müssen die Parteien eine Einigung über die weitere Vorgehensweise erzielen, die einzuhalten ist, um die auf der COP21 in Paris im Jahr 2015 eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere um das durchschnittliche Niveau der globalen Erwärmung auf 2°C zu halten. Die COP24 endet am 14. Dezember... [Fortsetzung](#)

Die CO2-Emissionen haben wieder zugenommen



Laut einem am 27. November vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) veröffentlichten Bericht stiegen die globalen Kohlendioxid-(CO2)-Emissionen im Jahr 2017 an, nachdem sie in den letzten drei Jahren stabil geblieben waren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Inflation sinkt auf 2%



Die jährliche Inflationsrate der Eurozone wird für November 2018 auf 2% geschätzt, gegenüber 2,2% im Oktober, wie aus einer Vorausschätzung von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, hervorgeht... [Fortsetzung](#)

Arbeitslosigkeit in der Union bleibt unverändert.

Nach den jüngsten von Eurostat am 30. November veröffentlichten



Daten lag die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union bei 6,7% und in der Eurozone bei 8,1% im Oktober 2018 und damit stabil gegenüber dem September 2018. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten wurden in der Tschechischen Republik (2,2%), Deutschland (3,3%) und die höchsten in Griechenland (18,9%) und Spanien (14,8%) verzeichnet. Im Oktober 2018 lag die Arbeitslosenquote für junge Menschen (15-24 Jahre alt) in der Union bei 15,3% und in der Eurozone bei 17,3%, gegenüber 16,3% bzw. 18,1% im Oktober 2017...

[Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Wähler besorgt über ausländische Einmischung und Cyberangriffe



Anlässlich ihrer Jahreskonferenz über die Grundrechte veröffentlichte die Kommission am 26. November eine neue Eurobarometer-Umfrage über die Erwartungen und Befürchtungen der Europäer für die Europawahlen 2019. Es zeigt die Besorgnis der Wähler über die Einmischung ausländischer politischer Akteure (59%), die Verletzung privater Daten (67%) und Cyberangriffe (61%) bei Wahlen. Drei Viertel der Befragten sind jedoch der Ansicht, dass dies durch mehr Transparenz und eine Zeit des Schweigens auf sozialen Netzwerken und durch die Gleichbehandlung der europäischen politischen Parteien im Internet besser bewältigt werden könnte...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Berichte / Studien :

Überprüfung der besseren Gesetzgebung



Im Rahmen der interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Gesetzgebung hat die Kommission am 26. November einen Bericht vorgelegt, in dem sie die Bemühungen der Union zur Vereinfachung der europäischen Rechtsvorschriften und zum Abbau übermäßiger Vorschriften hervorhebt. Der Bericht hebt die laufende Integration des Quality and Performance Regulatory Program (REFIT) und die Bedeutung seiner 31 Empfehlungen aus dem vergangenen Jahr hervor. Er betont die Umsetzung von 150 Initiativen und die besondere Aufmerksamkeit, die diesem Thema im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen gewidmet wird. Der Bericht zeigt auch, dass jede legislative Überprüfung ein quantifiziertes Ziel zur Kostensenkung beinhaltet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

36 Millionen Arbeitsplätze entstehen durch den Warenexport



Am 27. November legte die Kommission zwei neue Studien vor, die die Bedeutung der Exporte für die Beschäftigungsaussichten belegen. So schaffen die EU-Exporte 36 Millionen Arbeitsplätze in Europa, von denen 14 Millionen von Frauen eingenommen werden. Das sind zwei Drittel mehr als im Jahr 2000. Die höchsten Zuwächse gegenüber 2000 verzeichneten Bulgarien (+312%), die die Slowakei (+213%) sowie Portugal (+172%). Beide Studien zeigen auch, dass Ausfuhren aus einem Mitgliedstaat erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte anderer Mitgliedstaaten haben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht über die Messung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungen



In einem am 27. November veröffentlichten Bericht mit dem Titel "Beyond GDP, measuring what matters for economic and social performance" fordert die OECD, über die Messung des BIP hinauszugehen und nicht nur basierend auf diesen Daten die zu verfolgende Wirtschaftspolitik festzulegen. Die OECD ist der Auffassung, dass die Reaktion auf die Krise stärker gewesen wäre, wenn es bessere Indikatoren gegeben hätte... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Art Video in Berlin



In der Berlinischen Galerie wird die Ausstellung "Son of a witch" gezeigt, die bis zum 11. März 2019 Videoarbeiten der deutschen Künstlerin Raphaela Vogel zeigt. Die Ausstellung ist Teil des Festivals "Videokunst um Mitternacht" in Berlin, das an 4 verschiedenen Orten stattfindet, um die verschiedenen Aspekte des Genres des künstlerischen Videos außerhalb der Filmindustrie zu präsentieren... [Fortsetzung](#)

[Diana Thater Ausstellung im Guggenheim Museum in Bilbao](#)



Auf halbem Weg zwischen Dokumentation und Kunst sind die Installationen der amerikanischen Künstlerin Diana Thater, die speziell zwei bedrohten Arten Kenias gewidmet sind - dem Elefanten und dem Nashorn - und bis zum 18. März 2019 im Guggenheim Museum in Bilbao zu sehen sind... [Fortsetzung](#)

Ausstellung "der private Rembrandt" in Amsterdam



[Fortsetzung](#)

Vom 7. Dezember bis 7. April 2019, anlässlich des 350. Todestages von Rembrandt, sammelt das Amsterdamer Stadtarchiv seine Originaldokumente aus der Zeit, die sich auf den Künstler beziehen. Die persönliche Geschichte des Malers wird so durch Augmented Reality mit Ton und Bild erzählt und durch Werke aus den Sammlungen des Rijksmuseums und des Rembrandt House Museums illustriert...

Agenda :



03. Dezember

Brüssel
Treffen der Eurogruppe



03. und 04. Dezember

Brüssel
Rat "Transport, Telekommunikation und Energie"



04. Dezember

Brüssel
Rat "Wirtschaft und Finanzen"



06. und 07. Dezember

Brüssel
Rat "Justiz und Innere Angelegenheiten" und Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Konsumenten"



10. Dezember

Brüssel
Rat "Auswärtige Angelegenheiten"



10. bis 13. Dezember

Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



[Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung](#)

Die Redaktion des Newsletters :

Thomas de Robiano, Helen Levy ;
Victoire Bortoli, Chloé Hellot, Natasha Hroneska, Sophie van der Heijden
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin

[Kontakt / Anmerkungen](#)

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)